

Antrag

Hannover, den 07.02.2020

Fraktion der FDP

Marineschiffbauindustrie - Neubau und Instandsetzung in Deutschland sichern, erhalten und entwickeln!

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die Erfolge und das hohe Ansehen der deutschen Schiffbauindustrie beruhen auf den Erfahrungen im Spezialschiffbau. Hierzu zählen u. a. Forschungsschiffe, Behördenschiffe, Marineschiffe, Marineboote und U-Boote, Kreuzfahrtschiffe und Luxusyachten. Die Schiffbauindustrie in Deutschland wird durch klein- und mittelständische Unternehmen geprägt und sichert, einschließlich der mehr als 1 300 maritimen Zuliefererbetriebe, bis zu 400 000 qualifizierte Arbeitsplätze sowie ein umfangreiches Spezialwissen, das über Jahrzehnte aufgebaut wurde. Das Marktpotenzial der deutschen Schiffsbauindustrie liegt in der Entwicklung und dem Bau ausrüstungsintensiver Hightech-Produkte. In der Regel sind dies, wie auch beim Marineschiffbau, maßgeschneiderte Einzellösungen oder Kleinserien. Diese dienen nicht nur verlässlich unserer Deutschen Marine in ihren vielfältigen Einsätzen, sondern sind ebenso wichtige Exportreferenz, welche für die kontinuierliche Auslastung unerlässlich ist.

Bereits seit Jahren weist die Schiffbauindustrie, im Umfeld der Krisen im Weltschiffbau, auf die Bedeutung des maritimen Standortes Deutschland und auf die zu ändernden Rahmenbedingungen hin. Auch der maritime Koordinator der Bundesregierung hob die Sicherung der Technologieführerschaft und den Erhalt unseres „exzellenten Know-how“ (Interview in *Schiffbauindustrie* 02/2018) hervor. Bereits in der „Maritimen Agenda 2025“ heißt es: „Aufgrund ihrer Bedeutung für die gesamte deutsche Volkswirtschaft, ihrer Innovationskraft und strategischen Funktion hat die Bundesregierung ein herausragendes Interesse an der Sicherung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Branche“ (Maritime Agenda 2025, Seite 5), und weiter: „Ein zentrales Ziel der Bundesregierung ist es, die Wettbewerbsfähigkeit aller Teilbranchen der maritimen Wirtschaft zu stärken“ (Maritime Agenda 2025, Seite 12) sowie „Die Schaffung international einheitlicher Wettbewerbsbedingungen ist die Voraussetzung dafür, dass die Teilbranchen der maritimen Wirtschaft ihre Marktposition sichern und ausbauen können (Maritime Agenda 2025, Seite 13). Derzeit fehlen diese einheitlichen Wettbewerbsbedingungen, sodass Wettbewerbsverzerrungen durch staatliche Unterstützung in anderen Schiffsbaunationen bzw. von Interventionspolitiken zugunsten heimischer Werften, gerade auch im Sektor Marineschiffbau, einen fairen Wettbewerb zwischen den Werften in Europa und weltweit verhindern.“

Im „Handlungsfeld 8: Industrielle Fähigkeiten beim Bau von Marine- und Küstenwachschiffen weiterentwickeln“ (Maritime Agenda 2025, Seite 20) beschreibt die Bundesregierung u. a. Folgendes: „Angesichts der zunehmenden Bedeutung sicherer Seewege für die Weltwirtschaft, des sich wandelnden sicherheitspolitischen Umfeldes sowie der wachsenden Bedrohungen für die maritime Sicherheit wird die Bedeutung des Schiffbaus künftig weiter steigen. Die globalen sicherheitspolitischen Entwicklungen und der Wandel an erforderlichen militärischen Fähigkeiten führen derzeit sowohl in Teilen der westlichen Industriestaaten als auch weltweit zu einem erneuten Anstieg der Verteidigungsbudgets und zu veränderten Beschaffungsbedarfen; das gilt auch für die Deutsche Marine. Vor diesem Hintergrund sind Exporterfolge auf Auslandsmärkten und nationale Referenzprojekte von zentraler Bedeutung für die Grundauslastung der deutschen Marineschiffbauindustrie und den Erhalt einer leistungsfähigen nationalen wehrtechnischen Industrie in diesem Bereich“ (Maritime Agenda 2025, Seite 20/21). Auch vor dem Hintergrund aktueller und künftiger Entwicklungen und Erfordernisse im zivilen Schiffbau, Schlagworte sind hier Digitalisierung, Automatisierung, Nachhaltigkeit und weitere technologische Veränderungen, gilt es, zukunftsweisende Technologien zu entwickeln und am Markt zu etablieren. Hierfür bieten Projekte wie sie für die Deutsche

Marine erforderlich sind, eine gute Basis, um technologische Weiterentwicklungen bei der Marineindustrie und der wertschöpfungsintensiven Zulieferindustrie zu generieren. Die Großprojekte der Bundesmarine sichern den Platz des deutschen Schiffbaus an der Weltspitze.

Der Erhalt nationaler verteidigungsindustrieller Schlüsseltechnologien ist Bestandteil der Strategie der Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland. Hierzu zählen eigentlich für den Marinebereich der Unterwasser- und Überwasserschiffbau sowie die Sensorik. Die Vergabe des bisher größten Bauauftrages der Bundesmarine, die Entwicklung und der Bau des Mehrzweckkampfschiffes MKS 180, an die niederländische Damen-Werftengruppe als Generalunternehmer hat deshalb in Politik, Wirtschaft und beim Sozialpartner IG Metall Skepsis und Kritik ausgelöst (FAZ, 15.01.2020).

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. zeitnah und abgestimmt mit den Bundesländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein die Bedeutung der Marineschiffbauindustrie sowie die Bedeutung der Instandhaltungskapazitäten für Schiffe und Boote der Deutschen Marine in Norddeutschland gegenüber der Bundesregierung darzustellen;
2. sich mit den Bundesländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein einheitlich, geschlossen und zeitnah gegenüber der Bundesregierung für die Marineschiffbauindustrie in Deutschland und die Instandhaltungskapazitäten an der deutschen Küste zu positionieren;
3. sich sodann mit den Bundesländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein und mit Rücksprache bei der Schiffbauindustrie und der Bundesregierung, Bezug „Bericht zur Materiellen Einsatzbereitschaft der Hauptwaffensysteme der Bundeswehr 2019“ (Seite 14), über künftig erforderliche Instandhaltungskapazitäten in Deutschland ins Benehmen zu setzen, um nicht zu kompensierende Einschränkungen der Marine künftig zu vermeiden;
4. sich für einen gemeinsamen Entwicklungspfad im Bereich der industriellen Fähigkeiten beim Bau von Marineschiffen und Marinebooten (Überwassereinheiten) einzusetzen und
5. zusammen mit der Bundesregierung nationale Referenzprojekte von zentraler Bedeutung für die Grundauslastung der deutschen Marineschiffbauindustrie und den Erhalt einer leistungsfähigen nationalen wehrtechnischen Industrie zu identifizieren und zu terminieren.

Begründung

„Die Deutsche Marine bewältigt gegenwärtig das umfangreichste Aufgabenspektrum ihrer Geschichte mit der gleichzeitig kleinsten Flotte ihrer Geschichte“ (Ansprache des Inspektors der Marine zur 60. Historischen Taktischen Tagung, 09.01.2020).

Vor dem Hintergrund der veränderten sicherheitspolitischen An- und Herausforderungen im Bereich des internationalen Krisenmanagements, der Landes- und Bündnisverteidigung und des Schutzes der Seewege ist die Deutsche Marine von der Ost- und Nordsee über den Atlantik und das Mittelmeer bis hinein in den Indischen Ozean und Pazifik global, durchhaltefähig und mehrdimensional gefordert. Deutschland ist und bleibt ein verlässlicher Bündnispartner für die NATO, die EU und die Vereinten Nationen. Hierfür sind geeignete und moderne maritime Fähigkeiten zu entwickeln und dauerhaft verlässlich vorzuhalten. Die Deutsche Marine ist jetzt in einen umfangreichen Modernisierungsprozess eingetreten, der sich über viele Jahre hinziehen wird. Insbesondere die Bereiche Neubeschaffung, Instandhaltung und Instandsetzung gilt es professionell und zukunftsfest aufzustellen.

Christian Grascha

Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 11.02.2020)